

Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Bundtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landbestallungsrentenamt-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückstellungen bei den Sparkassen, Grundsätzliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verzeichnisse von Holzplätzen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 287.

Dienstag, 10. Dezember

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 15 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Nach einer amtlich bisher nicht bestätigten Meldung der „Neuen Freien Presse“ sind der Kriegsminister v. Kuffenberg und der Generaladjutant Schemua zurückgetreten. Zum Nachfolger v. Kuffenbergs soll Feldzeugmeister v. Krabatin, zum Nachfolger des Generaladjutanten Frhr. Conrad v. Gähndorff andersehen sein.

Die Vollerhebung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten sprach sich in einer Resolution dahin aus, daß alle in Österreich wohnenden Polen sich in der Vereinigung vereinigten, erforderlichenfalls mit Unterstützung aller ihrer Kräfte ihre Pflichten gegenüber dem Staat und dem Kaiser zu erfüllen.

König Carol von Rumänien eröffnete gestern das Parlament mit einer Thronrede.

Die Berliner bulgarische Gesandtschaft bestritt, daß die Bulgaren nach Abschluß des Waffenstillstands noch einen Angriff auf Adrianopel unternommen hätten.

In Konstantinopel erwartet man, daß Griechenland morgen den Waffenstillstand unterzeichnen werde.

Am Tarabosch wird zwischen Türken und Montenegrinern weitergekämpft.

Justizrat Dr. Erich Sello, der bekannte Verteidiger, ist gestern nacht in Berlin gestorben.

Im Zieler Hafen sind zwei Schulkorpedoboots zusammengestoßen. Fünf Mann der Besatzung des einen Bootes wurden bei einer infolge des Zusammenstoßes entstehenden Kesselexplosion zum Teil leicht verbrüht.

Amthlicher Teil.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt zu genehmigen geruht, daß der Gemeindevorstand Tillig in Obermittelbach das ihm von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen verliehene Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens annehme und trage.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht, dem Pfarrer Ernst Hermann Schultes in Leubnitz (Ephorie Plauen) beim Übertritt in den Ruhestand das Ritterkreuz I. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

Die Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung für den Termin Januar 1913 wird in der gegenwärtigen Nummer des Dresdner Journals beigelegten besonderen Ziehungslistenbeilage amtlich bekannt gemacht.
Dresden, den 10. Dezember 1912. 8759

Der Landtagsauschuß zu Verwaltung der Staatsschulden.

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz:
1. Prädikationen. Verleihen: den Aufsehern bei der Gefangenanstalt Chemnitz Ende, bei der Gefangenanstalt Dresden Krondorf, bei der Gefangenanstalt Leipzig Hating und Ratius bei der Amtsanwaltschaft Wächtermeister. — 2. Beamten-Stat.
a) In den Ruhestand versetzt: der Gerichtsdienster bei dem AG. Grimnitzsch Thümmel. b) Auf Ansuchen entlassen: der Expedient bei dem AG. Borna Vogel. c) Verstorben: der Erste Staatsanwalt bei dem AG. Zwickau Oberstaatsanwalt Dr. Runge 6. Nov., der Sekretär bei dem AG. Zwickau Schwind 11. Nov., der Gerichtsdienster bei dem AG. Leipzig Lehmann 18. Nov. d) Im Staatsdienst angeheilt: die Gerichtsdienster Dr. Köllig bei dem AG. Brand-Erbisdorf, Buchner bei dem AG. Königsbrunn, Dr. Schäfer bei dem AG. Adorf, Dr. Löhring bei dem AG. Grimnitzsch, Dr. Rouanet bei dem AG. Leipzig, Dr. Scheibenberg, Dr. Brachvogel bei dem AG. Glauchau, Dr. Ghilian bei dem AG. Königsbrunn, Rehr bei dem AG. Pausa. Ferner angeheilt: die zur Probefristleistung einberufenen Militäradvokaten, und zwar Wohl bei dem AG. Annaberg, Siebert bei dem AG. Borna, Kensch bei dem AG. Bismarckswerda, Rupprecht bei dem AG. Döbeln, Böhlend bei dem AG. Freiberg, Parthum bei dem AG. Limbach, Boll bei dem AG. Pirna, Schubert bei dem AG. Rabenro

und Klippel bei dem AG. Waldheim als Expedienten, Schleinig und Schneider bei dem AG. Chemnitz als Gerichtsdienster, Köhler bei der Gefangenanstalt Leipzig als Aufseher.
e) Versetzt: die Gerichtsdienster bei der Staatsanwaltschaft des AG. Dresden Lottermoser zum AG. Dresden, bei dem AG. Brand-Erbisdorf Dr. Raensch zur Staatsanwaltschaft bei dem AG. Chemnitz, bei dem AG. Glauchau Dr. Stephanus zum AG. Dresden, bei dem AG. Königsbrunn Dr. Heymann zur Staatsanwaltschaft bei dem AG. Dresden, die Aktuar bei dem AG. Lausitz Bagler zum AG. Borna, bei dem AG. Rabenberg Krause zum AG. Dresden, die Expedienten bei dem AG. Dresden Grösch zum AG. Elbernhau, bei dem AG. Leipzig Handtrag zum AG. Lausitz, bei dem AG. Elbernhau Dausche zum AG. Sebnitz, bei dem AG. Rabenberg Augermann zum AG. Riesa, die Gerichtsdienster bei dem AG. Oberan Kallendorf zum AG. Chemnitz, bei dem AG. Reichenbach Federer zum AG. Grimnitzsch. — 3. Rechtsanwält. Abgang. Verstorben: die Rechtsanwältin und Notare Oberjustizrat Dr. Billing und Justizrat Schubert in Dresden sowie die Rechtsanwältin Dr. Budor in Leipzig und Böhm in Plauen. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft haben ausgeben die Rechtsanwältin Weg in Reichenau, Hartung in Buchholz und Hanel in Oplsch. Die Zulassung der Rechtsanwältin Dr. Kriebach und Dr. Krumbiegel ist zurückgenommen worden. Zum AG. und dem AG. Leipzig ist zurückgenommen worden. Zum AG. Chemnitz, dem AG. Chemnitz und der Kammer für Handelsfachen in Annaberg mit dem Wohnsitz in Chemnitz, Dr. Berlet, Dr. Hirsch, Dr. Jädel und Dr. Stabe bei dem AG. Dresden und dem AG. Dresden mit dem Wohnsitz in Dresden, Martin, Dr. Scheller, Dr. Tobias und Dr. Hagemann bei dem AG. Leipzig und dem AG. Leipzig mit dem Wohnsitz in Leipzig. Dr. Große bei dem AG. Plauen mit dem Wohnsitz in Plauen. 4. Zweite juristische Staatsprüfung: 23 bestanden, 2 zurückgewiesen in der Zeit vom 27. Okt. bis 30. Nov.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königl. Hofe.

Dresden, 10. Dezember. Se. Majestät der König begab sich früh 7 Uhr 43 Min. mit Sonderzug nach Weißenhof bei Großenhain zur Abhaltung einer Hofjagd auf Wildenhainer Revier und kehrte nachmittags 5 Uhr 34 Min. hierher zurück.
Um 7 Uhr wird Allerhöchstderselbe einem Garnisonvortrag im Neustädter Kasino beiwohnen.

Reichstag.

Sitzung vom 9. Dezember 1912.
Am Bundestag: Die Staatssekretäre Kühn, Dr. Lisso und der Präsident des Reichsstatistikamts Wackerjapp.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1/3 Uhr.
Nachdem in dreier Lesung der Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen sowie über die Vergütung und Hilfeleistung in Seemot ohne Diskussion unverändert endgültig genehmigt worden war, legte das Haus die Generaldiskussion über den Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Leuchttdl. fort.
Abg. Graf Westarp (son.): Meine politischen Freunde stehen der Vorlage nicht unsympathisch gegenüber. Auch und erscheint die Beherrschung des deutschen Petroleummarktes durch die Amerikaner nicht unbedenklich. Wir wollen keine Vertenerung des Reichs. Auch darf der Augen nur eventuell dem Reich und nicht gewissen Privatbanken zugute kommen, deren Unternehmungsgelbst wir schätzen. Die erste Frage ist, wie es überhaupt möglich sein, unabhängig von der Standard Oil Co. die Versorgung des deutschen Petroleummarktes herbeizuführen. Die wichtigste Frage aber ist die der Betriebesgesellschaft vorliegt, die das Gesetz für die Betriebesgesellschaft vorzieht, genügend ist. Große Bedenken hat die Stellung des Reichsstatistikamts an sich; er hat eine große Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber, aber zu wenig Einfluß auf die Verwaltung. Die Frage, ob genügend Sorge getroffen ist, daß die Betriebesgesellschaft niedrige Preise für Petroleum stellen wird, gleicht dem Problem der Quabratung des Zirkels. Bei der Möglichkeit, daß sich weitere Monopole entwickeln, wäre es bedenklich, wenn es sich einbürgerte, solche Monopole kaufmännischen Gesellschaften zu übertragen. Es ist nötig, dem Keinen Kaufmann die Möglichkeit zu geben, durch große Mittel, die er selber aufbringt, sich selbst zu helfen, sich durch ein großzügiges Zusammenstellen der Vorteile der großkapitalistischen Betriebes zumute zu machen. An sich scheint es mir sehr nahe zu liegen, daß, wenn man den Petroleumverkauf monopolisieren will, der Träger dieser Einrichtung, wenn nicht das Reich, so die Gesamtheit der Detailisten wird. Es kommen dabei 150- bis 160 000 Detailisten in Frage, deren Zusammenschluß zu bewirken wäre. Zeigen sie, daß sie aus eigener Kraft etwas leisten wollen und können, so sollten wir in der Kommission ihnen die Wege ebnen. (Zustimmung rechts.) Etwas Einnahmen der Vorlage sollen für die Veteranenbeihilfe verwendet werden. Diese Veräußerung hier können wir nicht billigen. Eine endgültige Stellung können wir heute nicht zu der Vorlage nehmen; aber wir gehen mit den Wünschen eines positiven Ergebnisses in die Kommission hinein.

Abg. Rupp-Marburg (wirtsch. Bgg.): Auch wir behalten unsere Stellungnahme für den Abschluß der Kommissionsverhandlungen vor. Uns würde der Gedanke eines Reichsmonopols sympathischer sein als der des Monopols einer privilegierten Betriebesgesellschaft. Die Vertreibung der Veteranen auf die Erträge dieses Gesetzes ist um so unangebrachter, als das Inkrafttreten desselben noch gar nicht feststeht.

Abg. Dr. Grant-Kannheim (soz.): Die gehörten Leichenreden haben ergeben, daß für das Gesetz nicht einmal eine Wiederholung vorhanden ist. Es ist der Regierung nicht gelungen, die mangelhafte Begründung des Gesetzes zu ergänzen. Es besteht im Hause eine Mehrheit dafür, daß das Reich selber das Handelsmonopol einzurichten muß, wenn dadurch Garantien dafür gegeben sind, daß eine Verbilligung des Petroleum eintritt und keine indirekte Steuer geplant ist. Der Staatssekretär hat sich leidenschaftlich gegen den Vorwurf verwahrt, als hätte sich die Regierung bewußt in die Interessen einer gewissen Bank gestellt. Aber diese Bank hätte den Entwurf selbst für sich nicht günstiger ausarbeiten können. Von allen Seiten ist der Versuch zurückgewiesen worden, die Schwächen der Vorlage durch ein sozialpolitisches Mäntelchen zuzudecken. Weiter ist erfreulich, daß der Gedanke, der früher als demagogisch verworfen wurde, die Entschädigung der Angestellten aufgenommen wird. Aber auch die Arbeiter, Richter, Monteur u. m. müssen entschädigt werden, da etwa 50 Proz. von ihnen übermäßig werden würden. Die zu übernehmenden Angestellten müssen in ihren Arbeitsbedingungen nicht schlechter als bisher gestellt werden. Wir werden mit aller Energie zu erreichen suchen, daß die Übermacht der Privatmonopole gebrochen werde, der vorliegende Entwurf ist dazu aber vollkommen unbrauchbar. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Goldhorn (Welfe): Den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners stimmen wir im wesentlichen zu. Sollte das Gesetz wirklich Gesetz werden, so müßte für den Mittelstand mehr gesorgt werden, als es hier geschieht.

Abg. Erzberger (Z.): Die Vorlage ist als gefallen zu betrachten. Von einer einstimmigen Annahme der vorliegenden Resolution ist nicht zu sprechen; das Zentrum und andere Parteien haben dagegen gestimmt. Und haben nicht im Bundesrat die drei Hansestädte gegen die Vorlage gestimmt? (Hört! Hört!) Es wäre doch sehr interessant, auch deren Motive zu erfahren. Für ein Kartellgesetz, für ein Gesetz gegen Preistreiberien werden wir immer zu haben sein. Die uns hier vorgeschlagene Art des Eingreifens des Reiches halte ich für vollständig falsch. Eine ganz erhebliche Vertenerung des Petroleum für die Verbraucher wird die erste Folge des Gesetzes sein. Es soll einer Privatgesellschaft eine riesige Macht ohne Auserlegung irgendeiner Verpflichtung gegeben werden. Daß sich gegen eine solche Begünstigung einer Bankgruppe die öffentliche Meinung empört, darüber kann sich die Regierung nicht wundern. Der Reichsstatistikamt wird eine sehr unglückliche Rolle spielen. Eine ganze Anzahl von kleinen Geschäftsleuten wird durch dieses Gesetz unter den Tisch fallen. Dr. v. Schulze-Gaevernitz hat auf einen Artikel hingewiesen, wonach das Zentrum nur deshalb gegen das Petroleummonopol sei, weil der Vertreter der Standard Oil Co. der Parteikasse einen namhaften Beitrag habe zukommen lassen. Das ist geradezu schofel. (Vizepräsident Dr. Paasche: Sie dürfen solche Ausdrücke gegenüber Mitgliedern des Hauses nicht gebrauchen!) Ich wollte damit nur das Blatt treffen, das so etwas behauptet hat. In der Kommission wird hoffentlich etwas Brauchbares herauskommen.

Staatssekretär des Reichsstatistikamts Kühn: Es ist der Regierung ein besonderer Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie in den Kreisblättern bereits veräußert hätte, das Gesetz würde sicher angenommen werden. Wir ist davon nichts bekannt. Nach der Meinung der Herren Erzberger und Grant schließt das Gesetz die Arbeiter von der Entschädigung aus. Das ist keineswegs der Fall. Die Entschädigung ist ganz allgemein gedacht. Selbst wenn das Gesetz in seinen Grundzügen erschüttert werden sollte, so ist doch der Zeitgedanke vom allergrößten Teile des Hauses gebilligt worden. Sehr viel ist heute von den Banken die Rede gewesen, die an dem Entwurf mitgewirkt hätten. Selbstverständlich haben wir uns bei allen erlaubten. Man muß seine Informationen überall sammeln. Es ist auch heute wieder über die Deutsche Bank gesprochen und sie ist nicht gerade freundlich behandelt worden. Gerade der Deutschen Bank ist aber die Anerkennung auszusprechen, daß sie ihre umfassende Sachkenntnis immer zur Verfügung gestellt hat. Ich hoffe, daß man sich in der Kommission darüber einigen wird, in welcher Form der Grundbesitzer des Gesetzes näher getreten werden kann.

Abg. Marquart (nl.): Die Bestimmungen des Entwurfs über die Entschädigung der Angestellten haben in den Kreisen der Angestellten große Beunruhigung hervorgerufen. Sie verlangen, daß, wenn sie nicht von der Betriebesgesellschaft übernommen werden, sie eine volle Entschädigung in bar erhalten, um die Möglichkeit zu erhalten, sich eine kleine selbständige Existenz zu gründen. Warum sind die deutschen Arbeiter von der Entschädigung ausgeschlossen? Der Staat hat auch stiftliche Rechte zu respektieren.

Abg. Dr. Trendel (Z.): Die Bayern, insbesondere die Regensburger, haben das größte Interesse daran, die Einfuhr galizischen Petroleum zu fördern. Mit Hilfe des Regensburger Petroleumhafens ist die Petroleumwertverwertung bei uns für Motorbetrieb u. höchst bedeutungsvoll geworden. Die Politik der Deutschen Bank hat der Hoffnung auf Einfuhr des rumänischen und österreichischen Petroleum auf der Donau ein jähes Ende bereitet. Dadurch wird Regensburg schwer geschädigt. Damit war die Generaldebatte erledigt; die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgten Wahsprüngen.
Die Wahl des Abg. Bruhn (deutsche Resp.) beantragte die Kommission für gültig zu erklären.